

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gelagerte Kolonnen-Zeile 50 A. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsfrist: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Streiks und Volkswirtschaft.

#### II.

Sehen wir zu, was die Statistik enthüllt. Die der Berichterstattung des „Reichsarbeitsblatts“ angeschlossenen Krankenkassen umfassen nur ein Sechstel der Erwerbstätigen, aber sie weisen trotzdem schon mehr Arbeitslosentage auf, als die Streiks einschließlich Aussperrungen arbeitsfreie Tage verursachen. Hier ein Beispiel dafür: Ab April 1908 waren in den Kassen weniger Personen versichert als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres: April 12 747, Mai 56 169, Juni 44 297, Juli 45 836, August 63 824, September 79 397, Oktober 81 582, November 93 418, Dezember 95 782 und im Januar 1909 im Vergleich mit dem Januar des Vorjahres: 81 031 Personen. Rechnet man den Monat zu 25 Arbeitstagen, dann wären aus dem Mitgliederabgang in den zehn Monaten für insgesamt 654 083 Personen 15 352 075 arbeitslose Tage. Dabei ist nun aber noch nicht berücksichtigt, daß mit jeder jährlich um etwa 1/4 Millionen Köpfe wachsenden Bevölkerung auch die Zahl der arbeitsfähigen, nach Erwerb drängenden Menschen sich steigert. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes und der Tatsache, daß die berichtenden Krankenkassen nur 15 Prozent der Erwerbstätigen umfassen, dürfte die Summe der in Wirklichkeit aus der Arbeitslosigkeit resultierenden Tage unfreiwilliger Ruhe auf mindestens das Dreifache der verrechneten 15 1/2 Millionen steigen. Doch bleiben wir bei dieser Zahl! Wie verhält sie sich zu den durch Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstagen? Nach der als zuverlässig anerkannten Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands stellt sich der Verlust an Arbeitszeit aus den bei den wirtschaftlichen Kämpfen erfolgten Arbeitsentlassungen im Jahre 1908 auf rund 2 Millionen Tage und für das Jahr 1909 auf rund 2 1/4 Millionen Tage. Für die letzten zehn Jahre verzeichnet die Statistik insgesamt 31 Millionen Tage als Verlustresultat der gesamten Arbeitskämpfe. Wöhlgerne: einschließlich der Aussperrungen! Das eine Jahr — 1908 — für das wir die Folgen der Arbeitslosigkeit nach der Krankenkassenstatistik ermittelt, hat mehr Ausfall an Arbeitstagen durch unfreiwillige Ruhe erbracht, als die zehn Jahre zusammen infolge von Arbeitskämpfen. Es ist also absurd, anzunehmen, ohne Streiks hätte man vielleicht eine größere Produktion erzielen können.

Eine präzise Berechnung läßt sich leider nicht aufstellen, dazu reicht die amtliche Statistik nicht aus. Aber noch eine andere Aufmachung als die vorstehende, die jeden Zweifel darüber nehmen muß, daß die durch Streiks als verloren zu bezeichnenden Arbeitstage durch den Ausfall infolge von Arbeitslosigkeit noch übertraffen werden, die Gesellschaft benach die vorhandenen Arbeitskräfte gar nicht verwenden kann, ist doch möglich. Die Grundlage dazu bieten die im „Reichsarbeitsblatt“ vierteljährlich veröffentlichten Angaben über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden und die durch die Streikstatistik der Generalkommission ermittelten Ergebnisse. Wir ziehen als Vergleichszeit ein Jahr der Hochkonjunktur heran, in dem die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig schwach ist, während es gleichzeitig am meisten von Streiks betroffen wird. Nach der Streikstatistik betrug der Verlust an Arbeitstagen infolge von Streiks und Aussperrungen:

1900: 1 223 702 Tage	1905: 7 362 802 Tage
1901: 1 194 553 "	1906: 6 317 675 "
1902: 964 317 "	1907: 5 122 467 "
1903: 2 622 232 "	1900/1907: 26 927 902 "
1904: 2 120 154 "	Jahresdurchschnitt: 3 365 938 "

Das Jahr 1905 steht mit einer ungewöhnlich großen Ziffer hervor als Resultat des großen Bergarbeiterstreiks. Das Jahr 1906 hat ebenfalls eine ungewöhnlich hohe Ziffer, andererseits war in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit minimal. Trotzdem geht dieses Jahr mit seinen verlorenen Arbeitstagen als Folge von Arbeitslosigkeit über den Verlust als Resultat von Streiks weit hinaus. Nach der Arbeitslosenstatistik der Fachverbände ergeben sich für 1906 für durchschnittlich 1,3 Millionen in den Verbänden versicherte Personen 2 333 915 arbeitslose Tage. Während nun die gewerkschaftliche Streikstatistik fast reiflos sämtliche Aussperrungen umfaßt, trifft das naturgemäß für die Arbeitslosigkeit nicht zu. Gibt es doch noch eine Reihe Verbände, die wegen des großen Umfangs der Arbeitslosigkeit von der Einführung einer Arbeitslosenversicherung für ihren Beruf absehen. Daß die organisierten Arbeiter von der Arbeitslosigkeit härter betroffen werden als die unorganisierten, wird man im allgemeinen kaum behaupten können. Man kann daher wohl den Grad der Arbeitslosigkeit bei den Fachverbänden, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, auf die Gesamtheit der Arbeiter verrechnen. Wir wollen dabei aber noch die Landwirtschaft völlig ausschalten. Dann bleiben nach der Berufszählung von 1907, mit der man hier wohl operieren kann, rund 10 1/2 Millionen Arbeiter, Lehrlinge und Gesellen. Für diese würden sich nach der obigen Proportion für das eine

Jahr über 18 Millionen durch Arbeitslosigkeit verloren gegangener Arbeitstage ergeben. Selbst wenn man unterstellt, daß die wirkliche Arbeitslosigkeit nur ein Drittel so groß sei, dann resultierte aus dem Jahre der Hochkonjunktur immer noch mehr Verlust aus Arbeitslosigkeit als infolge von Streiks und Aussperrungen.

Mathematisch betrachtet, hat der Einwand, durch Streiks werde der Produktion eine nicht entbehrliche Summe von Arbeitskraft entzogen, nicht die allgeringste Berechtigung. Man könnte einwenden: so mechanisch darf das Problem nicht aufgefaßt werden, mathematisch ist es nicht zu lösen. Streiks, wird man sagen, drängen die Unternehmungslust zurück und vermindern so die Summe der zu produzierenden Güter. Wenn das aber auch nicht der Fall wäre, resultiere immerhin eine Minderproduktion, weil man bei eintretenden Streiks die Ansprüche des Marktes während der kurzen Zeit dringender Nachfrage nicht befriedigen könne und dieser Verlust nicht einzuholen sei. Die Hinsichtigkeit solchen Einwandes liegt auf der Hand. Ebensovienig wie die Summe der vorhandenen Arbeitskräfte, bestimmt das Konsumbedürfnis der Masse den Grad der Gütererzeugung. Soust könnten ja keine Krisen mit Arbeitslosigkeit eintreten, obwohl die Bedürfnisse in bezug auf Wohnung, Ernährung, Bekleidung usw. bei weitem nicht befriedigt werden können. Wären die Krisen Folgen käuflicher Ueberproduktion, hätten sie nicht als Begleitererscheinung einen Unterkonsum, dann könnten Streiks theoretisch die Produktion vermindern, aber praktisch wäre das immer noch nicht geschehen, weil ja die trotz der Streiks resultierende Arbeitskraft gar nicht ausgenutzt worden ist.

Die Summe der Produktion ist weder von der Arbeitskraft, noch von den Lebensbedürfnissen der Masse abhängig, sie regelt sich, richtiger, sie ist regellos nach kapitalistischen Gesetzen, ihr Ausmaß wird bestimmt von dem kapitalistischen Expansionsbedürfnis und seiner Befriedigungsmöglichkeit. Je mehr der Kapitalismus in seiner wilden Jagd nach Profit die Warenerzeugung zeitlich zusammendrängt, um so andauernder ist nachher die Krise; je intensiver und extensiver er während der Hochkonjunktur die Arbeitskräfte anspannt, um so umfangreicher ist später die Arbeitslosigkeit. Unterbricht der Arbeiter die wilde Warenerstellung während einer Hausseperiode, so tritt wohl eine zeitliche und örtliche Verschiebung in der Produktion ein, aber keine absolute Verminderung. Eine Menge Arbeit kann von einem Unternehmen auf das andre, von einem Ort auf den andern übergehen, auch können eventuell Aufträge kürzere oder längere Zeit zurückgestellt werden, aber, und darauf kommt es hier an: in ihrer Totalität wird die Summe der produzierten Waren durch Streiks nicht vermindert. Die Nationalisten spielen dieser Tatsache gegenüber ihren stärksten Trümpfen aus mit dem Hinweis auf die Schädigung des Nationalvermögens, indem bringende Aufträge infolge von Streiks im Inland an das Ausland abgegeben werden müßten. Solcher Einwand hat augenscheinlich eine gewisse Berechtigung — aber nicht mit Bezug auf die Arbeiter. Wenn die nationalen Unternehmer, nur um dem inländischen Arbeiter die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu verwehren, im Auslande höhere Preise zahlen, dazu Transportkosten usw., dann mag das eine Schädigung des Nationalvermögens sein, aber sie belastet das Konto der Unternehmer. Daß der einheimischen Arbeiterchaft eine gewisse Summe bestimmter Arbeit verloren geht, braucht sie nicht tragisch zu nehmen. Es ist das die Folge von Verhältnissen, die ihr auch wieder Arbeit zuführen, die ohne sie im Auslande bliebe. Bei großen Kämpfen in England, Amerika, Frankreich usw. wandert Arbeit nach Deutschland und umgekehrt. Es tritt da ein ausgleichender Austausch ein. Rechnerisch zu erfassen, ob dabei ein Land etwas günstiger abschneidet als das andre, ist nicht möglich, dazu auch überflüssig. Nicht das ist das wichtigste, ob der inländische Arbeiter im Jahre vielleicht eine halbe Stunde mehr hätte arbeiten können, sondern darauf kommt es an, daß die gesamte Arbeiterschaft dem gesamten Kapital Zugeständnisse abtrifft, die in gar keinem Verhältnis stehen zu dem Arbeitsverlust, den der eine haben könnte, der aber in jedem Falle andern wieder zugute kommt.

Die Konsumkraft der Arbeiter wird durch die Kampferfolge gestärkt und das bedeutet auch eine Erweiterung der Produktion. Die Arbeiter haben diese durch erfolgreiche Streiks nicht eingeschränkt, sondern im Kampfe gegen das Kapital sogar noch erweitert. Da bei der Produktion von Konsumgütern das Kapital Gewinn erzielt, sind Streiks in gewissem Sinne sogar Mehrer des „Nationalvermögens“.

Kann man, wie geschehen ist, konstatieren, daß Streiks im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise keine Produktionsverminderung im Gefolge haben, nicht das Nationalvermögen schädigen, dann ist natürlich erst recht die Redensart von der Schädigung des Volksvermögens hinfällig. Damit ist aber auch der Behauptung: „Streiks schmälern das Einkommen der Arbeiter, diese erleiden Lohnausfall“, jede Grundlage entzogen. Ein Verlust kann nicht eintreten, weil

die Summe der Produktion von den willkürlichen Pausen in der Warenherstellung unabhängig ist. Höchstens könnte man vielleicht eine örtliche Verschiebung neben der zeitlichen konstatieren, indem infolge von Streiks in einer Stadt Arbeit in die andre wandert. Aber hier handelt es sich auch wiederum um Wechselwirkungen, die schließlich einen Ausgleich herbeiführen. Der einzelne Arbeiter könnte sich die Frage stellen, ob er nicht zugunsten eines Kollegen, der nicht vom Streik betroffen wird, durch die Teilnahme an einem Kampf einen Ausfall erleidet. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man aber keine volkswirtschaftlichen Fragen beurteilen. Wenn man die Angelegenheit rein individuell auffassen und untersuchen wollte, müßte jeder Arbeiter sich auch die Frage beantworten, ob er nicht durch einen Streik und die damit verbundene Arbeitsruhe seine Gesundheit gefährdet, sein Leben verlängert habe. Für die Gesamtheit der Arbeiter ist das auf jeden Fall ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Zeiten der Hochkonjunktur sind solche des unverzeihlichsten Raubbaues an der Arbeitskraft, der wahnwitzigsten Verschwendung von Volksvermögen. In den Perioden der intensivsten Kraftanspannung, der ruindösen Ueberzeitarbeit wird bei Tausenden Arbeitern der Keim zu Krankheiten und frühem Tod gelegt. Wenn das mörderische Spiel mit der Gesundheit, die unsinnige Kräftevergeudung durch einen Streik unterbrochen wird, dann kann das geradezu ein Segen für die Beteiligten sein.

Auf keinen Fall, und das ist das Entscheidende bei der Erörterung der hier aufgeworfenen Frage, resultiert aus der durch Streiks hervorgerufenen örtlichen und zeitlichen, sowie der möglicherweise einzelne Personen begünstigenden Verschiebung in der Produktion für die Gesamtarbeiterschaft irgendein Verlust. Dagegen haben die Streiks neben den angeführten gesundheitlich noch andre Vorteile, die in ihrer Gesamtschau rechnerisch gar nicht erfaßt werden können. Die Vorteile gehen nämlich weit über die nominellen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen hinaus. Die Lohnerhöhungen steigern die Konsumkraft, die gekräftigte Konsumkraft befruchtet die Produktion, zunehmende Produktion ruft eine lebhaftere Nachfrage am Arbeitsmarkt hervor und größerer Begeh nach Arbeitskräften wirkt lohnsteigernd. So ist als Folge der durch Kämpfe erzielten Lohnerhöhungen auch eine günstige Lohnbeeinflussung am gesamten Arbeitsmarkt zu konstatieren. Und noch weitergehend ist die wirtschaftliche Wirkung der Streiks. Diese vermindern nicht, wie wir gesehen haben, die Summe der Produktion, aber sie beeinflussen sie zeitlich; sie verhindern, daß die Warenerstellung auf eine noch kürzere Zeitspanne zusammengedrängt wird, als das ohne die mechanische Arbeitsruhe der Fall sein würde. Dadurch wird selbstverständlich der Eintritt der Krise, der Produktionsabschwächung als Folge von Arbeitslosigkeit hinausgeschoben, die Periode der beschränkten Warenerzeugung wird verkürzt und die Intenfität der Produktionsstodung gemildert. Ganz naturgemäß ergeben sich aus hieraus wohltätige Folgen für das Lohnniveau. Der Andrang am Arbeitsmarkt kann nicht so scharf werden, als er sein würde, wenn das Tempo der Warenerzeugung während der von den Unternehmern mit allen Mitteln ungezügelt forcierten Produktion nicht durch Streiks und Aussperrungen verlangsamt worden wäre. So wirkt selbst die von den Unternehmern im Kampfe gegen die Arbeiter beliebte Aussperrung in gewisser Hinsicht wohltätig für die Bekämpften: die Waffe der Unternehmer nützt der Arbeiterschaft! Die Produktionsunterbrechung verteilt die Warenerzeugung auf eine größere Periode, sie mildert die Arbeitslosigkeit als Krisenfolge, schwächt den Andrang am Arbeitsmarkt ab und wirkt daher auch dem Lohndruck entgegen.

So ziehen die wohltätigen Folgen der Streiks und Aussperrungen ihre Kreise weit über den Rahmen der jeweiligen Kämpfenden hinaus. Sie sind, immer als Erscheinung innerhalb der gegebenen Gesellschaftsordnung betrachtet, sowohl für den einzelnen als auch für die Gesamtheit von unberechenbarem Vorteil. Theoretisch könnte man allerdings, wie schon eingangs ausgeführt, den Fall konstruieren, wonach durch Streiks usw. die Summe der Produktion eine absolute Verminderung erfährt und tatsächlich für die Arbeiter Nachteile erwachsen. Wir müssen uns aber an die statistisch erwiesenen Tatsachen halten und diese ergeben zweifellos, daß von Arbeitszeit- und Lohnverlust durch Streiks keine Rede sein kann, daß diese vielmehr nur Vorteile für die Arbeiter im Gefolge hatten.

Wollte man aus diesen Feststellungen nun aber schlußfolgern, Streiks seien auf alle Fälle vorteilhaft, so wäre das ein sehr großer Irrtum. Streiks, die mit unzulänglichen Mitteln und zur Unzeit unternommen werden und die gewöhnlich mit einem Siege der Unternehmer enden, sind natürlich für die Arbeiter schädlich. Sie drücken auf das Lohnniveau, hemmen den Aufstieg und ziehen dadurch auch in umgekehrter Wirkung wirtschaftliche Schäden nach sich, genau so, wie die für die Arbeiter reichlich verlaufenden Streiks Vorteile im Gefolge haben. Der Beginn eines Streiks kann nicht von moralischen Prämissen abhängig gemacht werden. Daß eine Forderung berechtigt ist, darf nicht allein



Dieselbe Beamtin, die offenbar etwas härter beobachtet als ihre männlichen und weiblichen Kollegen, berichtet auch noch folgendes:

„Immer häufiger ist wahrzunehmen, daß die fremden Kinder, über ihr Arbeitsverhältnis befragt, usw. zu Angaben machen. In einem solchen Falle konnte mit Bestimmtheit festgestellt werden, daß das Kind hierzu vom Arbeitgeber veranlaßt war.“

Ueber einen andern Weg, die Bestimmungen des Kinderschutzes zu umgehen, berichtet die Dresdner Beamtin. Sie stellte nämlich in einzelnen Fällen Doppelbeschäftigung von Kindern bei verschiedenen Arbeitgebern fest, so daß zwar im einzelnen Falle die Arbeitsdauer drei Stunden nicht überschritt, zusammengenommen aber war sie wesentlich höher.

Und hier zeigt sich die Gewerkschaft als beste Förderin des Kinderschutzes. Die Gewerkschaft erkämpft für den Vater bessere Bezahlung und gibt dadurch die Möglichkeit, das Kind der kapitalistischen Fron zu entziehen. Die Gewerkschaft, und mit ihr die Sozialdemokratischen Partei, sorgt aber auch dafür, daß über die Schäden der Kinderarbeit Aufklärung verbreitet wird und daß die bestehenden Gesetze zum Schutze der Kinder innewerkelt werden.

Dann müßten aber, so sollte man meinen, die verhängten Strafen wenigstens so hoch sein, daß sie den Gesetzesverächtern die Lust zu weiteren Übertretungen der Arbeiterschutzes nehmen. Aber das genaue Gegenteil ist der Fall.

Der Kinderschutz obliegt in Sachsen in der Hauptsache den der Gewerbeinspektion beigeordneten sechs Beamtinnen. Aus den Berichten sei hier einiges angeführt.

Die Gesamtzahl der in den der Gewerbeaufsicht unterstellten Anlagen beschäftigten Kinder unter 14 Jahren betrug 2222. Davon waren 1500 männlichen und 722 weiblichen Geschlechts. Damit ist die Zahl der in Sachsen industriell beschäftigten Kinder natürlich nicht einmal annähernd erfasst.

Die Beschäftigung der Kinder ist zumeist eine leichte und dem kindlichen Körper angemessene. Sie werden daher im allgemeinen, bis auf wenige Ausnahmen, in denen zumeist die bittere Not die Eltern zwingt, auch die jüngeren Kinder ausgiebiger zur Arbeit heranzuziehen, nicht überanstrengt.

Die Beamtin nennt das Verhalten der Unternehmer ein „Vorurteil“. Damit ist die rücksichtslose Profitgier sehr gut umschrieben. Wir gestatten uns auch, hinter die Behauptung, daß die Kinder im allgemeinen nicht überanstrengt würden, ein Fragezeichen zu setzen. Dazu berechtigt uns, neben unsern persönlichen Erfahrungen, das Urteil der Chemnitzer Beamtin, die folgendes schreibt: „Manche Arbeitgeber und leider auch viele Eltern scheinen der Meinung zu sein, daß die Schulferien am besten ausgenutzt werden, wenn die Kinder während dieser Zeit zu doppelter Arbeitsleistung herangezogen werden.“

Erregung des Kindes ohne weiteres gegeben. Es ist übrigens eine prächtige Illustration zu unsern gezeigten gütlichen Botschaften, daß die Kinder der Armut von ihren Schulferien nichts haben als doppelte Arbeit. Denn die Erfahrungen der Chemnitzer Beamtin zeigen nicht einzeln. So werden nämlich die Kinder besonders lange beschäftigt. So wurde je ein 9- und 14-jähriger fremder Knabe 12 1/2 Stunden täglich zur Arbeit herangezogen.

Unzulässige Beschäftigung von Schulkindern stellte der Chemnitzer Beamte in 9 Fällen fest. Bestraft deswegen wurden 8 Unternehmer mit 5—10 Mk. Geldstrafe.

Die Beamtin für den Bezirk Chemnitz sah sich in 32 Fällen veranlaßt, die festgestellten Zuwiderhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz weiter zu verfolgen. 27 Fälle, in denen verbotene Beschäftigung, Ueberschreitung der zulässigen Arbeitszeit und Nichtbeachtung der Schulaltersgrenze vorlagen, betrafen fremde Kinder. In 4 Fällen wurden Kinder in der Nacht und in einem Falle wurde ein sechsjähriges Kind beschäftigt. Von den Gesetzesverächtern wurden 22 zu Geldstrafen von 3—25 Mk. verurteilt. Drei bis fünfundzwanzig Mark — die reine Vermögenskonfiskation!

Besonders instruktiv ist folgende Zusammenstellung der Leipziger Beamtin über die von ihr ermittelten Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz.

Table with 2 columns: Description of violation and Number of children affected. Includes categories like 'in Werkstätten, in denen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen' (4 children), 'vor Vollendung des zwölften Lebensjahres' (50 children), etc.

Bestraft wurden 16 Unternehmer mit Geldstrafen von 3 bis 30 Mark. So wird in Deutschland die Jugend geschützt. Wenn irgendwo ein Arbeiter eines jener nützlichen Elemente, die man kaum nennen kann, ohne mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen, scheidet er ins Gefängnis, der Unternehmer aber, der ohne Rücksicht auf Gesetz und Recht arme Kinder um Gesundheit und Leben betrügt, wird „verwarnt“ oder mit einer lächerlich geringen Geldstrafe belegt.

Ein Minister als „Hezer“.

Vor einer englischen Gesellschaft, der sogenannten Christlich-liberalen Liga, hielt kürzlich ein bekannter Politiker einen sehr bemerkenswerten Vortrag. Er jagte darin, in dem Bestreben, die Ursache der gewaltigen Unruhe, die in den Volksmassen aller zivilisierten Länder herrscht, aufzudecken:

Da gibt es, wenige Schritte von diesem Saal entfernt, Hütten, in denen arme Frauen, alt und müde, nach einem eisenwertigen, arbeitsamen Leben von mehr als 70 Jahren immer noch tagsüber vom frühen Morgen bis zum späten Abend am Werke sind, um ein erbärmliches Bettelgeld zu verdienen, das sie zwar gerade vor dem Verhungern schützt, aber sie niemals von Not und Mangel befreit. So bis sieben Schilling (Mark) verdienen diese alten Frauen mit ihrer Nadelarbeit an Kleibern, deren Erzeugnisse in einer Stunde des Mühsigganges und des Lebermüdes mehr verschleudern müßen, als dieses Stundsbrot in drei Jahren harter Arbeit verdienen kann!

Und dazu kommt eine Tatsache, die nicht zu übersehen ist, wir haben ein hartes Klima für die Armut. Im warmen hellen Süden macht sich das Bedürfnis nach Nahrung, Kleidung und Obdach weniger empfindlich bemerkbar. Die Sonne ist dort der Lügner der Arbeitslosen, hier aber sind Regen und Frost grausame Feinde aller Menschen in zerissenen Kleibern. Unser Klima macht Not zur Qual!

Betrachten wir nun einmal die andre Seite des Gemüdes! Wir haben hierzulande kürzlich erst eine große Agitation erlebt, die an die Ausfaltung gewisser Grundformenformulare anknüpfte, welche durch das Budget von 1909 vorgezeichnet ist. Da haben sich verschiedene reiche Großgrundbesitzer bitter beklagt, daß es ihnen bei aller Anspannung ihres Personals durchaus unmöglich sei, binnen zwei Monaten ein Verzeichnis ihrer Vermögensobjekte herzustellen! Ihre Güter wären so weitläufig, daß sie viel länger als 60 Tage brauchen, um Angaben über ihre Ausdehnung und Lage zu machen! Halten wir diese Tatsachen zusammen mit den Bildern des Elends, die ich Ihnen entworfen habe — des Elends von Leuten, die nicht minder verdienstvoll sind als jene andern, die unter der Last ihres Reichthums keuchen — und wir werden eine gewisse Erklärung haben für die Erschütterungen, die die Grundlagen unserer Gesellschaft zu bedrohen scheinen.

Ich habe gefunden, daß von insgesamt 420 000 Erwachsenden, die jährlich sterben, fünf Sechstel nichts besitzen, was auch nur eine flüchtige Aufnahme verlohnte. Ein paar alte billige Kleider, vielleicht ein bißchen Hausrat, das ist alles! Mehr als 300 Millionen Pfund — 6 Milliarden Mark — wecheln jährlich durch Tod ihren Besitzer, rund die Hälfte davon entfällt auf ungefähr 2 000 Personen, ein Leben des Mühsigganges, der Verwahrung und Kaschweihung geführt? Und haben die 2000, die wir werden ein gewisses Einkommen haben für die Erschütterungen, die die Grundlagen unserer Gesellschaft zu bedrohen scheinen.

Ich möchte dann noch ein paar Fingerzeige geben, wie die Sozialreform der Bruchwendung halt gebieten könnte, durch die die Lebenshaltung des größten Teils der Bevölkerung herabgedrückt wird. Nämlich wir nur das Geld, das hinzukommt und anderwärts für die Bedürfnisse verausgabt wird! Die zivilisierten Länder der Erde geben jährlich rund 10 Milliarden für Kriegsgewehre aus. Unsere jährlichen Rüstungsausgaben betragen eine Milliarde, vierhundert Millionen Mark (Schilling), das sind 160 Mk. auf jeden englischen Haushalt. Würde England von dieser Last befreit, so könnte es jedem Angehörigen der lohnempfangenden Klasse eine wöchentliche Zulage von vier Schillingen (1 Schilling = 1 Mk.) gewähren, ohne daß dadurch auch nur der Kapitalprozent verringert würde.

Eine andre Quelle der Verschwendung von Volksgeld ist die Arbeitslosigkeit. Männer und Frauen, deren Erziehung und

Ausbildung ungeheure Summen verschlungen haben, führen ein Leben des Mühsigganges. Das ist eine ganz wahnsinnige und schändliche Vergeudung wertvoller menschlicher Arbeitskräfte! Kann man sich eine ärgere Verwahrung, eine unerträglichere Gerechtigkeit für die menschliche Gesellschaft — kann man sich aber auch eine größere Unwissenheit vorstellen, als ein herartiges System? Und doch ist dieses System kennzeichnend für die Zukunft, unter denen wir in diesem Lande existieren, wo ein Teil der Bevölkerung, ohne Arbeit, ein Leben des verkommenen Mühsigganges führt, während die große Masse der andern ein Leben harter Arbeit lebt, ohne für Nahrung, Kleidung und Erholung genug zu erwerben!

Nur seltene Mittel können hier helfen. Alles, was wir bisher getan haben, war zu schwächlich und zu spät. Das Problem muß von großen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Die Zeit ist gekommen, alle Lebensbedingungen der Nation und des Reiches zu revidieren, und wege der Generation, der der Mut zur Lösung dieser Aufgabe fehlt! ... Mag darum, dies ist mein Rat, das Volk die Ziele seiner Politik hoch und weit stellen und ihnen nachstreben mit unerschütterlicher Entschlossenheit durch alle Fehlschläge und Enttäuschungen, bis das Freiheitswerk vollendet ist!

Der Mann, der so sprach, heißt Lloyd George und ist — Finanzminister in England. Ja, ja, die Wilden!

Aus der chemischen Industrie.

Rundgang durch die B. H. S. F.

Den beiden Artikeln über die Anilin- und Sodafabrik müssen wir heute noch einige Einzelheiten nachtragen. Die Zustände lassen eben gar zu viel zu wünschen übrig. Und da die Anilin eine direkte Uebermittlung der Beschwerden der Arbeiter durch die Organisationsleitung nicht wünscht, auch einen wirklich seine Aufgaben erfüllenden Arbeiterausschuß nicht haben will, so bleibt uns vorläufig kein anderer Weg, als Veröffentlichung in der Presse. Wenn das den Anilinherren unangenehm ist, so begreifen wir es durchaus, aber es liegt ja an ihnen, einen andern Modus der Uebermittlung von Beschwerden einzuführen; sie braucht nur ihren Herr-im-Haus-Standpunkt aufzugeben und die Arbeiter beziehungsweise deren Organisation anzuerkennen.

Wir beginnen mit den Zuständen im Bau 47 — Säureviolett, Viktoriablaue — einem der gesundheitsgefährlichsten Betriebe. In diesem Betriebe wurden früher viel fremde Arbeiter, namentlich Polen beschäftigt. Aber selbst diesen anspruchsvollen Arbeitern ist die Luft vergangen, dort zu arbeiten, so daß jetzt in der Mehrzahl nur einheimische, verheiratete Arbeiter beschäftigt werden, die, der Not gehorchend, aushalten müssen. Die Arbeiter müssen, weil die Farbstoffe zu tief in die Haut eindringen, je nach ihrer Beschäftigungsart Gesicht, Hände, Arme, zum Teil den ganzen Oberkörper mit Lehm einschmierern. Haben sie so das Ebenbild Gottes zu einem Erdenkloß gemacht, dann bleiben sie in der Trockenstube, bis der nasse Lehm getrocknet ist. Andernfalls würden sie sich durch die nasse Lehmhülle heftige Entzündungen zuziehen. In der Trockenstube wird die mit Benzol gewaschene Farbe in Verdünnen auf Brettern getrocknet. In der mit undefinierbaren Dünsten geschwängerten Atmosphäre, müssen die Arbeiter ansharren, bis ihre urstoffliche Umhüllung getrocknet ist. Im Betrieb selbst werden durch falsche Maßnahmen, namentlich des Vorarbeiters Fehler, die Arbeiter weiteren unangenehmen Verhältnissen ausgesetzt. Die Kessel werden mit einem Hut abgedeckt, der von zwei Arbeitern bequem angefaßt werden kann. In letzter Zeit hat Geiger einen Kessel selbst bedient, ohne den Hut aufzusetzen. Auf Vorhalt der Arbeiter meinte er, daß ihm die Arbeiter keine Vorschriften zu machen hätten. Durch Nichtbeachtung dieser Vorschriften ziehen die Kämpfe des Kessels in den Betrieb und beschäftigen die Arbeiter. Die Einrichtungen an den Sulfurierkesseln sind auch nicht einwandfrei. In den Kesseln wird die Farbe mit Dampf kulleriert. Zu einem bestimmten Zeitpunkt werden die Deckel dieser Kessel emporgezogen, und die Arbeiter müssen, mit Luftmasken vor dem Gesicht, Eis in die Kessel füllen. Dabei entstehende den Kesseln Dampf, die nach Ansicht der Arbeiter bei zweckmäßiger Vorrichtung abgeleitet werden könnten. Beim Abtragen der Sulfuriermelze bekommen die Arbeiter Schwämme vor den Mund. Vorkontrollen werden diese den Arbeitern nicht, aber in den Betrieb tretende müssen davon nichts wissen und arbeiten häufig, da ihnen keine Schwämme vom Vorarbeiter oder Aufseher angeboten werden, ohne diesen Schutz. Demnach sind auch die Kranarbeiten in diesem Betriebe sehr häufig. Augenblicklich sind von 26 beschäftigten Arbeitern 2 krank; manchmal steigt die Zahl der Kranken auf 5, im Durchschnitt sind immer 3 krank. Für die Erkrankten wird so langsam Erlass geschaffen. Die übrigen Arbeiter müssen meist tagelang die Arbeit der Erkrankten mitmachen, ehe Ersatzkräfte eingestellt werden. In solchem gesundheitlichen Betrieb wäre es angebracht, daß immer einige Reservearbeiter vorhanden wären. Nach Angabe älterer Arbeiter waren die Verhältnisse früher besser und die Krankenziffer niedriger. Das wird erklärlich, wenn man in Betracht zieht, daß früher täglich 4 Kessel mit je 70 Kilogramm Fällung verfertigt wurden, jetzt aber 6 Kessel mit je 100 Kilogramm fertig gestellt werden müssen. Dabei ist die Arbeiterzahl noch etwas reduziert worden. Die Gesundheit der Arbeiter spielt eben keine Rolle, wenn nur der Profit gesichert ist. Gaben Gehaltssteuern, wie Schlotter, Maurer oder Zimmerer in diesem Betrieb zu arbeiten, dann bekommen sie Arbeitskleider gestellt für die Betriebsarbeiter, aber, die fortwährend in der Farbe zu tun haben, gibt die Firma keine Arbeitskleider heraus. Der Lohn beträgt bei dieser schändlichen Arbeit 38 Pf. und steigt bis nach zehn Jahren auf 46 Pf. pro Stunde. Einzelne Arbeiter haben jedoch auch 50 Pf. Stundenlohn.

Die Arbeiter dieses Betriebes haben im Bau 58. Ihre Arbeitszeit, die früher mittags und abends je eine halbe Stunde betrug, ist jetzt längerer Zeit auf 30 Minuten verläßt. Das mindeste, was den Arbeitern als Budget gezahlt werden müßte, wären 30 Minuten. Arbeiter, die direkt in der Farbe arbeiten, müssen sich vollständig mit Seife waschen. Dann folgt ein Abreiben des ganzen Körpers mit Chlor, und wiederum müssen sie sich vollständig mit Seife waschen, um den Chlor zu entfernen. Zu dieser Prozedur reichen 20 Minuten mit dem besten Willen nicht aus. Die ausdünstenden Arbeiter müssen springen, um den Zug zu erreichen. Dadurch kommt es vor, daß sie sich nicht gründlich reinigen können und die Farbstoffe in ihre Bekleidung schleppen. Die hiesigen Arbeiter, die ihre Reinigung gewissenhafter vornehmen können, erreichen dadurch selten um 12 resp. 6 Uhr das Fabriktor. Und um 12 bzw. 6 Uhr soll ja nach den Vorschriften der Anilin jeder Arbeiter in der Lage sein, die Fabrik zu verlassen.

Der Anleide- und Waschraum im Bau 91a spottet jeder Beschreibung. Der Raum ist 8,20 Meter lang und 7,40 Meter breit. An der Längsseite befindet sich der 50 Quadratmeter breite und 8,20 Meter lange Waschtrog, der für 66 Arbeiter 16 Wasserhähne aufweist. Wannen- oder Brausebad ist nicht vorhanden. In demselben Raum stehen auf einer Bodenfläche von 4,50 Meter Breite und 5,50 Meter Länge drei Spülbecken mit Bänken, an denen 36 Arbeiter Platz finden können. Die übrigen 30 Arbeiter legen sich im Sommer vor dem Bau, im Winter betrinken sie durch alte Kissen des ohnehin beschränkten Platz, um sich nicht auf den Zementboden legen zu müssen. Zum Umkleiden sind zwei Säuge von 5,50 Meter Länge und 1,20 Meter Breite vorhanden. In einem Säuge müssen sich 40, im andern 26 Arbeiter anziehen. Außerdem besetzen sich die Arbeiter über mangelhafte Reinlichkeit im Bade, ebenso, daß häufig unauferbares Wasser auf dem Boden steht. Für einen Wasch- und Speicherraum jedenfalls unzulässige Zustände. Der Ausgang zu diesem Raum geht schräg nach unten — der Raum befindet sich im Souterrain — und ist in den Wintermonaten feucht und glatt, so daß die Arbeiter den Weg nicht ohne Gefahr passieren können.

In Magazin der ungeschulten Arbeiter Abteilung sind eine Anzahl unblinde und unfaulverlepte Arbeiter beschäftigt, weil die Arbeit leicht sein soll. Zur ganzen trifft dies auch zu. Aber einige Arbeiter

werden bewegt, daß sie in einigen Jahren auch zu Invaliden werden müssen. Nach einwandfreier Kontrolle haben diese Arbeiter in einer einzigen Stunde die Treppe 36 bis 38 mal herauf und herunter zu laufen. Und das geht tagtäglich so, trotzdem nach Angabe der Arbeiter eine andere Einteilung möglich wäre.

Auch mit den Wohlfahrts-Einrichtungen steht es in der Anilin recht windig aus. Die Kaffeefläche ist verbunden mit einem Speiseaal, in dem circa 500 Personen Platz haben. Diesen Speiseaal während der Mittagszeit photographisch aufzunehmen, müßte einmal Aufgabe der Behörde sein. Ein grauenhafteres Bild läßt sich wohl kaum denken, als wenn Hunderte von Arbeitern in farbigen Anzügen, Gesicht und Hände mit den abfärbendsten Farben überzogen, ihr Mittagessen einnehmen. Können behäbige Bürger und laute Kapitalisten dies nur einmal in Angenschein nehmen, zeitweilen würde ihnen beim Essen ein Schauer überlaufen. Die Arbeiter müssen jahraus, jahrein dies widerliche Bild beim Essen auf sich einwirken lassen. Die mit Farbe behafteten Arbeiter lassen selbstverständlich jedesmal etwas von diesen schlingelhaften Substanzen im Speiseraum zurück. Die Arbeiter beklagen sich, daß gründliche Reinigungen der Bänke und Tische nur selten, vielleicht gar nicht vorgenommen werden. Mit nassen Lappen werden Tische und Bänke abgewischt, wo doch mindestens wöchentlich eine gründliche Reinigung mit Bürste und Seife notwendig wäre. Auch die Eßgeschirre sind nicht einwandfrei. An den Kaffeetischen sind wiederholt Milchreste vom vorigen Tage gefunden worden. Die Emaille vieler Tassen und Eßgeschirre ist schadhalt; die schadhafte Stellen sind mit Rost überzogen. Wenn die Kaffeefläche als Wohlfahrts-Einrichtung angesehen wird, dann sollte die Anilin aber auch für appetitliches Geschirr sorgen. Die Arbeiter nahmen teilweise ihr Geschirr mit in den Schrank, um es ordentlich reinigen zu können. Durch Anschlag ist das Wägen der Eßgeschirre in die Arbeitsräume verboten, sogar unter Androhung der Entziehung des Fabrikgeschirrs. Dagegen ließe sich ja nichts einwenden, wenn die genügende Reinlichkeit garantiert würde. Wenn die Anilin auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung ihre Wohlfahrts-Einrichtungen ausstellt, wird sie hoffentlich das von uns oben gezeichnete Bild des Speiseaales nicht vermissen.

Ein Sozialsekretär für Jammerkufen.

Die Fabrikleitung der Elberfelder Farbwerke in Jammerkufen brachte kürzlich folgende Notiz der Betriebsleitung:

Wir bringen hierdurch zur Kenntnis, daß wir für unsere Werke zu Verlusten das Amt eines „Sozialsekretärs“ eingerichtet haben, welcher bei etwaigen Differenzen zwischen Arbeitern und Betriebsbeamten eine vermittelnde Tätigkeit ausüben soll. Einwellige Beschwerden werden von dem Sozialsekretär durch Rücksprache mit den Beteiligten ganz unparteiisch und entweder von ihm persönlich zur Friedigung gebracht oder zur Entscheidung an den Ausschuss für Arbeiterangelegenheiten bezogen. An den Allgemeinen Ausschuss der Arbeiter werden daher gebeten, sich in allen Fragen, in welchen sie eines Rates bedürfen, vertrauensvoll an den Sozialsekretär zu wenden.

Die bürgerliche Presse war schon vor mehreren Wochen über diesen neuen Zweig gewählter Wohlfahrt unterrichtet worden und beiläufig den Wohlfahrtsplan der Farbemissionäre gebührend ans Licht zu ziehen. Nun mag es ja sein, daß es hier und da einen Menschen gibt, der an den Wohlfahrtsplan der chemischen Großindustriellen glaubt, in der Wahrheit aber finden solche Notizen ihren Weg in die Presse durch das Informationsbureau der Farbwerke selbst. Jeder Großfiskus, der den Arbeitern in Form eines Almosen gegeben wird, muß erst hundert bürgerliche Zeitungsfabrikanten in Bewegung setzen, muß das Loblied auf die soziale Gerechtigkeit der Herren Rußberg u. Co. aus tausend Blättern rauschen lassen.

Es gibt keine heuchlerischere, unehrlichere Menschenklasse als die Großunternehmer der chemischen Industrie. Dieselben Herren, die ihre Wohlthäter um Gesundheit und Leben betrügen, die in kapitalistischer Unerschütterlichkeit mächtigste Gewinne einstreichen und ihre Arbeiter mit Jammerlöhnen abspießen, entblöden sich nicht, in der Öffentlichkeit den Wohlthäter zu mimieren, mit ihrer Arbeiterfürsorge an allen Ecken zu prunken. Nirgend sind die Arbeiter mehr geschmeichelt und entredet, als in den Elberfelder Farbwerken und umgeben großartig die heuchlerische Wohlfahrt schlimmer als hier. Vielleicht Rußberg, der in allen möglichen Organisationen eine Rolle spielt, der Syndikate und Arbeitgeberverbände leitet, stellt keinen Arbeiter ein, der nicht auf sein Koalitionsrecht verzichtet, entläßt brutal jeden, der es wagt, sich eine Interessensvertretung zu suchen.

Nun kommt derselbe Rußberg her und stellt einen Sozialsekretär an, der den Arbeitern Ratgeber und Helfer sein, der zwischen Unternehmer und Arbeiter vermitteln soll! Wenn der Herr sich als Gehilfen anbieten würde, er könnte nicht mehr zum Lachen reizen. Die Arbeiter sollen Vertrauen haben zu einem Menschen, der von ihrem Unternehmern bezahlt wird und der ununterbrochen fliegen würde in dem Augenblick, in dem er einmal die Interessen des Unternehmers hinter die der Arbeiter zurückstellen würde. Die Arbeiter wissen das, und sie werden ihr Vertrauen dem Sozialsekretär von Farbwerken Gnade zu wenig schenken, wie sie es ihrem „Befehlshaber“ Rußberg schenken. Vielleicht will aber Dr. Rußberg seinen Sozialsekretär auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung als lebendigen Zeugen seiner bürgerlichen Arbeiterfürsorge ausstellen! Dann daß die chemische Industrie dort eine ebenso dreifache Darstellung der Deffiantität beibringt, wie auf der Ausstellung für Arbeiterangelegenheiten in Charlottenburg, das heißt jetzt! Dazu können wir uns keine Hoffnungen zu machen. Aber früher oder später legen wir ihnen das Koalitionsrecht.

Neuende des Koalitionsrechts.

Wahrscheinlich soll jetzt, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Unerschütterlichkeit von den Unternehmern schwarze Listen ausgegeben werden, um Arbeiter überall wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbande durch Hunger zu machen. Vor uns liegt ein Schriftstück folgenden Inhalts, welches ein gewöhnlicher Wind in unsere Reihen geblasen hat. Man lese mit Vergnügen:

Herrn Rußberg...! Ich bin in letzter Zeit dem Arbeiter... und den Maschinen... entlassen habe, weil dieselben gegen meine Interessen arbeiteten. Dabei habe ich auch dem Arbeiter... geschrieben, den durch im Grunde, wegen wohlverdienter Arbeit... in Organisation... des Arbeitgebers... erhalte ich Sie, dieselben nicht zu beschäftigen. ...

Was haben denn nun diese Leute eigentlich geschrieben? Sie haben es in dem Sinne nicht geschrieben, sondern haben es in dem Sinne geschrieben, und das ist in den Augen der Arbeiter... als Drohung oder schlichte Verunglimpfung. ...

Wenn Arbeiter es wagen würden, einen Unternehmern zu beschuldigen, weil er einen Arbeiterverband angeht, würde die ganze Arbeiterbewegung nach Ansehensverlusten streiten und der Streik... über die Arbeiter...! Aber so...!

Ein tödliches Reichstagsgesetz

Die Arbeiter der „Union“, Fabrik Chemischer Produkte in... haben... die Arbeiter...! Aber so...!

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in: Bitterfeld, ...

— Goch. Die Arbeiter der holländischen Margarinewerke Jurgens u. Bringen in Goch haben durch ihre Organisationen einen Tarif mit der Firma abgeschlossen. Sämtliche Arbeiter — über 300 — erhalten vom 1. November an eine Lohnzulage von 2,50 Mark pro Woche und am 1. Oktober 1911 eine weitere Lohnzulage von 1,50 Mark pro Woche, zusammen also 4 Mark in zwei Jahren. Die Arbeiterinnen — ca. 100 — erhalten eine Lohnzulage von 1,50 Mark und 1 Mark, zusammen 2,50 Mark in zwei Jahren. Der Lohn der Arbeiter betrug bisher 2,80 — 3,20 Mark pro Tag, für Arbeiterinnen 7,20 — 9 Mark pro Woche. Der Mindestlohn ist demnach jetzt höher als vorher der Höchstlohn war. Außerdem sind noch einige Verbesserungen erzielt worden. Sonntagsarbeit wird mit 100 Prozent, Überstunden mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt. Feiertage, soweit sie in die Woche fallen, werden voll bezahlt usw.

Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als die Organisation im Betriebe noch ziemlich jung ist und außerdem über die nahe holländische Grenze alle Jahre ganz gewaltige Scharen von Lohnverdrängern nach Deutschland kommen. Viel Mühe hat es ja auch gemacht, die Arbeiter zur Organisation zu führen, woran die Querschnittsbereiche der „Christen“ nicht am wenigsten schuld sind. Auch heute wird es vielfach noch als „Verbrechen“ angesehen, wenn ein Arbeiter Mitglied eines freien Verbandes wird, und der freigewerkschaftlichen Agitation folgte ja auch die christliche auf dem Fuße. Von der Kanzel und in ganzen katholischen Blätterwald wurden die Arbeiter vor dem Beitritt zu den „roten“ Gewerkschaften gewarnt und aufgefordert, dafür lieber den „christlichen“ Gewerkschaften beizutreten. Wenn es nun auch gelang, den größten Teil der Arbeiter in die christlichen Gewerkschaften zu treiben, bei der Lohnbewegung gingen beide Richtungen gemeinsam vor, gemeinsam wurden die langen Verhandlungen gepflogen und gemeinsam wurde der Tarif unterzeichnet. Jetzt nun, wo die Lohnbewegung kaum beendet ist, setzt das Hezen gegen die freien Gewerkschaften wieder mit voller Macht ein. In allen Ecken des Niederrheins kann man jetzt lesen, daß die „christlichen Gewerkschaftsführer“ wieder einen Erfolg erlangen haben, daß die freie Gewerkschaft, der Verband der Fabrikarbeiter, dabei mit über hundert Arbeitern beteiligt war, verschweigt man wohlweislich, denn sonst könnte man ja nicht die christlichen Gewerkschaften als die alleinigmächtigsten anpreisen.

Mit welchen Mitteln gegen die bösen „Roten“ gearbeitet wird, das geht aus den Vorgängen in den Gocher Oelwerken klar und deutlich hervor. Auch hier war es dem Fabrikarbeiterverband gegliedert, endlich einmal Fuß zu fassen. Das mußte verhindert werden, und da der christliche Verband immer das kleinere Übel ist, so wurde dieser schnell herbeigerufen. Hier war es der Verband mit dem langen Namen, den der Herr Wolf so schön geschildert hat, der dazu ausersehen war, die „Roten“ zu vernichten. Es geschah dies allerdings nicht in öffentlicher Versammlung, dazu ist man zu feige, so etwas macht man am besten von hinten herum. Das ist erstens nicht so gefährlich und zweitens viel sicherer. Jeder Arbeiter, der im Verband stand, freigewerkschaftlich organisiert zu sein, wurde entlassen. Dann setzte ein Meister mit der Agitation für den christlichen Verband ein, und Herr Tremmel ward beauftragt, in geschlossener Versammlung den Fabrikarbeiterverband totzuschlagen. Als dieses alles noch nicht genug war, wurde ein Buchhalter zum Agitator bestimmt. Dieser junge Mann ging in der Fabrik herum und lagte jedem einzelnen Arbeiter, daß alle Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes entlassen würden, aber die, die zu den Christen übertraten, dürften bleiben. Da er hierbei sagte, daß die Firma durch Verrat die Mitglieder des freien Verbandes erhalten habe und daher genau wisse, wer dort organisiert sei, ließen sich die meisten Arbeiter einschüchtern und traten gewohnheitsmäßig zu den Christen über. Was für die betrogenen Arbeiter dabei herauskommen wird, das werden wir ja bald sehen. Auf diese Art und Weise wird es gemacht und dann pochen solche Menschen mit vollen Händen aus, was sie alles für die Arbeiter geschaffen haben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen von Goch müssen aber daraus die Lehre ziehen, daß sie sich nicht einschüchtern lassen dürfen, sondern daß sie fest bei der Fahne bleiben und immer mehr die Reihen des Fabrikarbeiterverbandes stärken müssen.

— Hamburg. In dem Bericht über die Verkürzung der Arbeitszeit in Hamburger Betrieben, ist ein fesselnderer Druckfehler enthalten. Im Absatz 3 und 4, heißt es: Verkürzung der Arbeitszeit von 55 1/2 bzw. 54 Stunden auf 55 1/2 Stunden, es muß aber heißen, von 55 1/2 bzw. 54 auf 52 1/2 Stunden.

— Sudwigshafen a. Rh. Die Arbeiterschaft der Holzjudenfabrik Friedensau (Pfalz) erreichte die tarifliche Regelung ihrer Arbeitsbedingungen durch den Fabrikarbeiterverband. Das Resultat ist für ca. 300 Beschäftigte eine 12prozentige Lohnverhöhung. Daraufhin gab die Firma im Hauptbetriebe (Kaffinade) in Frankfurt folgendes bekannt: Es erhalten alle Beschäftigten im Alter bis zu 16 Jahren 10 Pf., von 16 bis 21 Jahren 20 Pf. und über 21 Jahren 30 Pf. pro Tag Lohnverhöhung. Betroffen werden davon in der Kaffinade ca. 1000 (eintausend) Personen.

— Der Streik der Köpfer in Velden hat sein Ende erreicht. Nach mehrmaligen schwierigen Verhandlungen kam endlich ein Resultat zustande, mit dem sich eine am 4. November abgehaltene Versammlung der Köpfer endgültig einverstanden erklären konnte.

Der Haupterfolg dieser Bewegung liegt in der Neutarifizierung der gangbaren Ofenmauser neuen Stils, die teilweise eine 10- bis 20prozentige Lohnverhöhung aufweisen. Von den älteren Mustern wurden die schlechtesten gleichfalls aufgebessert. Der neue Tarif wird bis zum 1. Oktober 1912 vereinbart. Außerdem soll eine gemeinschaftliche Kommission vereinbart werden, die die Garnituren älteren Stils in einer einheitlichen Berechnung zusammenfaßt. Diese Kommission soll baldigt mit ihren Beratungen beginnen und das Resultat sobald einer späteren Beschlußfassung unterliegen. An dem Streik waren circa 300 untrer Kollegen beteiligt.

Korrespondenzen.

Hemel. Der Firma Artur Gugath, Schneidmühle und Holzplag, scheint die Organisation ein Dorn im Auge sein; besonders dem Geschäftsführer, Herrn Sachs, der es als seine wichtigste Aufgabe betrachtet, die Organisation zu zertrümmern. Kürzlich kündigte er an: „Wer nicht aus dem Verband austritt, wird bei nächstem Geschäftszug entlassen, ande werden weiter beschäftigt.“ Tatsächlich wurden auch einige Kollegen entlassen. Er scheint es auf die Wertplatzverhältnisse abgesehen zu haben. Einem dieser Kollegen, einem langjährigem Arbeiter, wurde bedeutet, daß er als Aufwiegler bekannt sei. Der Schredensfuß verheißt aber sein Ziel. Den bisher Beschäftigten wurden die Augen geöffnet, denn in einer Betriebsversammlung genanneten Betriebes gelobte sich die Arbeiter, nun erst recht die Fahne der Organisation hochzuhalten und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Kampfeskraft zu stärken. Nur so weiter, Herr Sachs, besser können Sie nicht für den Jähnen verhassten Verband agitieren.

Eingegangene Schriften.

Das Protokoll des Magdeburger Parteitag ist erschienen. Das Protokoll kostet Vereinsausgabe 1,25 Mark, gebunden 1,75 Mark. Bildungen und Archive seien besonders auf die allgemeine Ausgabe auf gutem holzfreiem Papier hingewiesen. Preis 2,50 Mark. Halbfremdband 3,50 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expediente und Kolportage.

Geschichte der Revolutionen. Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 28, kündigt als neue Folge der von ihr herausgegebenen „Kulturbilder“ eine auf gründlichen Quellenstudien beruhende volkstümliche „Geschichte der Revolutionen“ an, verlagte von dem bekannten Gelehrten Dr. A. Gutschy.

Der Preis beträgt, wie für die früheren „Kulturbilder“, pro Band 20 Pf. 25 Bände bilden einen Band. Preisnummern weisen auf den Inhalt hin und auf die Verlagsanstalt.

Verbandsnachrichten. Die Adresse des Vorstandes ist ab 12. November: August Breh, Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St., Mittelhaus.

Berichtigung: In Nr. 45, Seite 270 des „Proletarier“, 1. Spalte, letzte Zeile, muß es heißen: wenn in der höheren Klasse mindestens 52 Wochen bezahlt sind.

Vom 1. November an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Hannover 11 041,85. Eutin 200,—. Waltershausen 200,—. Oerlinghausen 29,12. Eilft 16,50. S. E. 15,—. Garzburg 1,48. Gienburg 60,—. Brandenburg 350,—. Schmieberg 1,2. 200,—. Pölig 109,64. Freising 65,50. Japnid 2,—. Eberswalde 1,—. Tangermünde 500,—. Odesloe 328,78. Hagen i. W. 312,06. Koffen 250,—. Alstedt 16,—. Kiel 4,—. D. — 50. Meigen 2,—. Breg 211,—. Siegnitz 200,—. Södingen 78,12. Mägen 1,25. Halle a. S. 1500,—. Breslau 1000,—. Leipzig 900,—. Döbeln 500,—. Neuhaldensleben 200,—. Berlin 50,—. Bielefeld 2,15. Bida 2,—. Magdeburg 1600,—. ...

Schlus: Montag, 7. November, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassier.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1910 haben eingekandt: Hannover, Sandbach-Höchst, Oerlinghausen, Wolgast, Pölig Hagen, Odesloe, Kallberge, Rahl a. Main, Altwasser, Raseburg.

Angeschlossen sind die bisherigen Mitglieder in Koglan an die Zahlstelle Dessau.

Ausgeschlossen ist auf Grund § 14 des Statuts das seitherige Mitglied der Zahlstelle Hamburg, Reinhold Ortleib, Buch-Nr. 266 920, eingetreten am 28. Dezember 1907, sowie die seitherigen Mitglieder der Zahlstelle Steffin, Aug. Böller, Buch-Nr. 46 476, eingetreten am 23. Januar 1898, Ernst Schmidt, Buch-Nr. 38 078, eingetreten am 24. Februar 1905, Fritz Prus, Buch-Nr. 244 557, eingetreten am 15. Oktober 1905, Al. Wittlowky, Karten-Nr. 102 963, eingetreten am 18. Mai 1910, und So. Meyer, Karten-Nummer 80 376, eingetreten am 26. März 1910.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten. Bücher: Nr. 358 534 für Bruno Sabisch, eingetreten am 16. April 1909 in Berlin. Nr. 116 013 für Gustav Wehrendt, übergetreten am 17. Mai 1907 in Vitterfeld. Nr. 378 033 für Gustav Oskar Berger, eingetreten am 18. September 1909 in Leipzig. Nr. 177 739 für Heinrich Weber, eingetreten am 20. Juli 1906 in Mähheim a. M. Nr. 357 013 für Franz Haber Dulzenberger, eingetreten am 1. Juni 1909 in Redensfelden. Nr. 1877 für Marie Harret, eingetreten am 4. April 1908 in Stuttgart.

Karten: Nr. 13 380 für Fritz Piste, eingetreten am 10. Juli 1909 in Gr.-Westen. Nr. 58 885 für Wilhelm Rief, eingetreten am 10. April 1910 in Rönigsstutter. Nr. 102 938 für Karl Frisch Eisen, eingetreten am 25. Juni 1910 in Osterwied. Nr. 35 859 für Gustav Niermeister, eingetreten am 17. Oktober 1910 in Sommerensdorf. Nr. 46 975 für Joseph Ludwig, eingetreten am 19. September 1909 in Redensfelden. Nr. 10 133 für Ursula Kasper, eingetreten am 1. Januar 1910 in Traunstein.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Altripp (Pfalz). Philipp Hool IV, Sperrstraße 8, Bamberg. Nikolaus Ley, Fischerg bei Bamberg. Köln a. Rh. 1. Bevollmächtigter: Jakob Schmitt, Severinstraße 14, 2. St. Geschäftsführer: Fr. Herden, Severtstraße 199, 2. St., Zimmer 16 („Vollstaus“). Fr. J. Dan. Albert Strabinski, Gölitzer Straße 1A. Gelsenkirchen. Fritz Siller, Gelsenkirchen-Battenscheid, Hedenborfer Straße 260, 2. St. Grimmin i. S. Richard Weiße, Nikolaistraße 7. Grimma i. S. Franz Kreiß, Burgberg bei Grimma, Nr. 25b. Jena. Hermann Reijer, Olenstraße 23, 2. St. Möckelbeck. Herman Weiß, Kinteln, Lemgoer Straße 12. Schönheide. Fr. Kramer, Bwidan, Spiegelstraße 41, 1. St. Bernigerode. Richard Auerwald, Gr. Dammstraße 6. Witten. Karl Bodes, Poststraße 18. Wittenberge (Bezirk Potsdam). Alois Wittner, Lenzener Straße 38.

Inferate.

Protokoll vom 10. Verbandstag. Preis 15 Pfg. Notizkalender für das Jahr 1911. Preis 50 Pfg. Zu beziehen durch die Ortsverwaltungen.

## Aus der Papierindustrie.

### Arbeitszeit und Ferien in Papierfabriken.

Die Verwaltung unserer Dresdner Zahlstelle hat im verfloffenen Sommer den Versuch unternommen, durch eine allgemeine Umfrage mittels Fragebogen Material zu erhalten über die Arbeitszeit und die Gewährung von Ferien in den Papierfabriken. Zu dem Zwecke wurden den Gauleitungen des Verbandes Fragebogen — insgesamt 550 — übermittelt, mit dem Ersuchen, für Weiterverbreitung bezw. Ausfüllung zu sorgen. Der Versuch ist nicht, oder doch nicht so gelungen, wie unsere Dresdner Kollegen erwarteten; es sind von der angeschriebenen 550 Fragebogen nur 103 ausgefüllt zurückgekommen. Von den Gauleitungen haben drei überhaupt nicht und zwei ungenügend bezw. unklar berichtet. Dieses teilweise Mißlingen ist angefaßt des erstrebten Zweckes sowohl als auch der aufgewendeten Mühe und Arbeit bedauerlich. Es regt aber die Frage an, ob es nicht zweckmäßiger ist, daß solche Statistiken, die das Reich umfassen sollen, nicht von einzelnen Zahlstellen sondern nur vom Vorstand aufgenommen werden. Die Beteiligung wird dann voraussichtlich umfassender sein und die Resultate können ausgiebiger Verwendung finden. Die Vornahme solcher Arbeiten kann auch, beispielsweise wenn mehrere Zahlstellen gleichzeitig den Gedanken einer solchen Aufnahme fassen sollten, zu einer unnötigen Zersplitterung und Vergeudung der Kräfte führen. Diese Erwägungen hindern uns natürlich nicht, zu erklären, daß sowohl die löbliche Absicht als auch die aufgewandte Mühe und Arbeit unserer Dresdner Kollegen volle Anerkennung verdienen. Und es freut uns ganz besonders, zu sehen, daß die Ueberzeugung von der Nützlichkeit und Notwendigkeit statistischer Erhebungen sich so nachdrücklich bemerkbar macht. Wobei wir gleich hinzufügen wollen, daß speziell die Dresdner Zahlstelle die Statistik schon seit Jahren in vorbildlicher Weise pflegt. Unsere Bedenken sollen ja auch keineswegs eine Beschränkung, sondern nur eine Fortbildung, die Zentralisierung der Statistik zum Zweck haben. Wenn bisher solche zentrale Erhebungen wenig vorgenommen werden konnten, so wird das nach Einrichtung der in Halle beschlossenen statistischen Abteilung voraussichtlich besser werden.

Nach diesen kurzen Vorbemerkungen einiges aus dem Ergebnis der Erhebungen. Wie schon bemerkt, erstrecken sie sich nur auf die Arbeiterzahl, Arbeitszeit und Ferien. Diese Beschränkung auf einige Punkte war unter den gegebenen Umständen durchaus richtig. Von den zurückgegebenen Bogen war einer unbrauchbar, mithin blieben 102 Bogen für 102 Betriebe in 70 Orten zur Bearbeitung übrig. Die Gesamtzahl der in den erfaßten Betrieben beschäftigten Arbeiter betrug 17 736, davon waren 13 378 männlichen und 4358 weiblichen Geschlechts. Ein Betrieb hat über die Arbeitszeit keine Angaben gemacht. In den noch bleibenden 101 Betrieben betrug die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt 66,71 Stunden. Die kürzeste Arbeitszeit wurde aus Berlin (55<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—58 Stunden), die längste aus Hammermühle (ehem. Wismarsche Fabrik) mit 84 Stunden pro Woche berichtet. Zu dieser „normalen“ Arbeitszeit kommen aber noch die in Papierfabriken nicht eben seltenen Ueberstunden. Wie zahlreich diese zuweilen sind, geht drapiert genug aus einem Bogen hervor, in dem die Arbeitszeit als von 60 bis 100 Stunden pro Woche schwankend angegeben wird. Hingewiesen sei hier auf die Tatsache, daß es nicht eben viel Papierfabriken mit einer für alle Beschäftigten gleichen Normalarbeitszeit gibt. Während die eigentlichen Maschinenarbeiter fast durchweg 12 Stunden pro Schicht arbeiten, kommen die übrigen Arbeiter vielfach mit zehn- bis elfstündiger Schicht fort. Die Arbeiterinnen wieder dürfen bekanntlich seit 1. Januar d. J. nur zehn und an Sonnabenden nur acht Stunden beschäftigt werden, so daß diese wiederum eine besondere Gruppe bilden. Unseren in Papierfabriken beschäftigten Mitgliedern ist das bekannt, dieser Hinweis gilt mehr für Leser, die über die Verhältnisse in Papierfabriken weniger unterrichtet sind. Er soll zugleich erläutern, daß und warum bei der Feststellung der Arbeitszeit in Papierfabriken mittels Fragebogen sehr leicht Mißverständnisse entstehen können. Während der eine die Arbeitszeit der Maschinenarbeiter, die meist keine eigentliche Pause haben, angibt, nimmt der andre die Arbeitszeit der übrigen zur Grundlage seiner Angaben. Diesen Mißverständnissen sind auch die Dresdner Kollegen nicht entgangen, eine Anmerkung am Schlusse der Arbeit sagt das ausdrücklich.

Nach Betrieben geordnet ergeben sich folgenden Ziffern über die Arbeitszeit: In 9 Betrieben betrug sie weniger als 60, in 50 Betrieben 60—71, in 32 Betrieben 72 und in 10 Betrieben mehr als 72 Stunden pro Woche.

Mit den Ferien sieht es natürlich in der Papierfabrikation besonders windig aus. Aus 11 Betrieben wird berichtet, daß es zwar Ferien gibt, aber — nur für Beamte und Werkmeister. Für Arbeiter gibt es Ferien in 10 Betrieben. Aber die Bedingungen, unter denen sie gewährt werden, sind meist so gestellt, daß nicht allzuviel Arbeiter davon profitieren. Am günstigsten sind die Bedingungen noch in einem Leipziger Betrieb, in dem die Ferien schon nach einjähriger Beschäftigung im Betriebe gewährt werden. Allerdings gibt es nur ganze drei Tage und erst weil 15 Jahre im Betriebe gearbeitet hat, darf 6 Tage jährlich ausspannen. In einem Berliner Betriebe gibt es nach dreijähriger Beschäftigung drei und nach fünfjähriger Beschäftigung sechs Tage. Eine bei Dresden gelegene Fabrik gibt nach 5jähriger Beschäftigung 3, nach 10jähriger Beschäftigung 6 Tage, eine in Weisensfels befindliche Fabrik nach 5 Jahren 3 Tage und eine Münchner Fabrik nach

10 Jahren 3 Tage. In zwei Betrieben erhalten nur die Maschinenführer Ferien. Sarkastisch meint der eine Ausfüller hierzu: Die Arbeiter dürfen während der Inventur aussehen, allerdings ohne dafür Lohn zu erhalten! In einem Betrieb erhält Ferien, „wer sich beliebt macht“, und in zwei andern — die einer Gesellschaft gehören — wer jährlich 300 Ueberstunden an Sonntagen leistet. In einem der beiden Betriebe ist seit Aufnahme der Statistik eine „Verbesserung“ der Ferienbestimmungen eingetreten; es gibt solche schon nach 200 geleisteten Ueberstunden. Die Aenderung ist erfolgt, weil in diesem Betriebe die Nachtschicht bis Sonntag morgen 6 Uhr geht, die so geleisteten 6 Stunden Sonntagsarbeit aber nicht auf das Urlaubsquantum angerechnet werden. Die andre Fabrik hat keine Sonntagschicht; hier können also die Arbeiter ihre Ferien schon vor 6 Uhr morgens verdienen.

Diese Bedingung stellt zweifellos den Gipfel kapitalistischer Arbeiterfreundlichkeit dar. Wir wissen nicht, wieviel Arbeiter jährlich von dieser Einrichtung betroffen werden — in dem einen Betriebe zuverlässigen Berichten zufolge nur Handwerker, Feizer usw. — aber wir gestehen offen, daß wir jeden bedauern, der die drei Tage Ferien erhält. Hoffentlich erhebt die Firma wenigstens nicht den Anspruch, daß auch diese Feriengewährung als Ausfluß ihrer Arbeiterfreundlichkeit gewertet werden soll. Wir sind zwar allerhand Tabak gewöhnt, aber gegen die Sorte möchten wir uns denn doch mit aller Entschiedenheit verwahren. Es ist einfach traurig, daß eine Gesellschaft von Ruf — es handelt sich um die Firma Krause u. Baumann in Dresden und Heidenau — es wagt, den Arbeitern eine an sich gute und erstrebenswerte Einrichtung in einer so karikierten, ihren Zweck in sich direktes Gegenteil verkündenden Form zu bieten. Und die Arbeiterschaft sollte eine Ehre darin sehen, sich von dem für die Gesellschaft ebenso profitablen wie für die Arbeiter verwerflichen und verletzenden Wurstspringen fernzuhalten.

Soweit über die Dresdner Erhebungen. Sie entrollen ein trübes, sehr trübes Bild. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß eine Industrie, deren Produkte gewissermaßen den Gradmesser unserer Kultur bilden, ihre Arbeiter in einer allerhöchsten hohnsprechenden Weise ausbeutet. Daß die Unternehmer so kulturwidrig handeln, ist eine Folge der kapitalistischen Profitgier im allgemeinen und der sozialen Rücksichtslosigkeit der Papierfabrikanten im besonderen; daß sie so handeln können, ist eine Folge der immer noch mangelhaften Organisation der Arbeiterschaft in dieser Industrie. Die kapitalistische Profitgier können wir — als Gewerkschaftler — nicht aus der Welt schaffen und den zünftlerisch-reaktionären Jopf der von den reaktionären Zwillingen Lille und Ditzes geistig genährten Papierfabrikanten können wir nicht abschneiden. Wenigstens nicht eher, ehe wir nicht die Arbeiterschaft der Papierfabriken in ihrer Mehrheit zusammengesetzt haben in unserer Organisation. Dann freilich werden wir den Herren ein Liedlein pfeifen. Dann kann, wird und muß aufgeräumt werden mit den oft noch hinterwäldlerisch anmutenden Zuständen in manchen Papierfabriken. Hier und dort ist uns das schon gelungen, an andern Orten wird es gelingen. Nur frisch ans Werk, die Sterne stehen uns günstig!

**Wormen.** In der Wumpapierfabrik von Elsas u. Co. in Wormen herrscht als Direktor ein Herr Dr. von Maltitz. Dieser, ein sehr „schweidiger“ Herr, scheint die Absicht zu haben, ostentative Zustände in der Fabrik zu schaffen; denn die Behandlung, die er seinen Arbeitern und Arbeiterinnen angedeihen läßt, findet man sonst nur noch in den gesegneten Gefilden der preussischen Schnaps- und Krautjunker. Einige Beispiele mögen dieses beweisen: Eine Arbeiterin hatte angeblich schlechte Arbeit geliefert, die vom Besteller zurückgelehnt wurde. Sie wurde dafür gehörig ausgepöbelt, wobei der Herr Doktor sogar von „Firma befehlen“ und „Strafanzeige wegen Diebstahls“ usw. sprach. Es muß hierbei wohl verstanden werden, die Arbeiterin hatte nicht etwa etwas gestohlen, sie hatte nur schlechte Arbeit geliefert und dadurch hatte sie indirekt der Firma „Profit gekostet“. Als ihr der Herr Doktor auch androhte, daß ihr zwei Mark Strafe abgezogen werden sollten (bei 8 bis 9 Mark Wochenlohn), sagte sie zu ihm, er solle ihr doch lieber gleich 4 Mark abziehen. Darauf brüllte ihr der Herr entgegen: „Halten Sie die Schuauze oder Sie bekommen recht und links ein paar Ohrfeigen!“ Vielleicht wird dem subalternen Herrn einmal irgend woher eine Reue geistlich gestiftet, damit er „sein Gesinde“ oder vielmehr „seine“ Arbeiterinnen auf aristokratische Art und Weise behandeln kann; die gewöhnlichen Ohrfeigen sind doch zu plebejisch. Eine andre Arbeiterin hatte sich einige Minuten vor der Welpenpause ihren Kasse aufgeschüttelt und der Herr Doktor kam dazu. Er nahm unter dem üblichen Donnerwetter der Arbeiterin die Kanne aus der Hand und schüttete den Kaffee auf den Boden. Bei einem Lohn von 1,50 Mk. pro Tag verdienen die Arbeiterinnen ja auch so viel, daß sie sich den Kaffee doppelt aufbrühen können. Die schlechte Arbeit war Diebstahl, das Weggehen des schlechten Kaffees allerdings nicht. Aber auch darüber bestimmt der Herr Doktor, was „seine“ Arbeiter in ihren freien Zeit machen. Der Fabrikarbeiterverband hatte zu einer Fabrikerversammlung eingeladen und auch der Herr Doktor bekam einen Einladungsjeton in die Hände. Er fragte darauf einen Arbeiter, der bereits mehrere Jahre im Betriebe tätig ist, ob er auch zur Versammlung ginge. Dieser antwortete ihm: „Wahrscheinlich doch.“ Worauf ihn der Doktor sagte: „Wenn Sie zur Versammlung gehen, dann fliegen Sie raus.“ Der Arbeiter sagte ihm dann, daß er nur erst recht hingehen würde und tat dies auch. Am andern Morgen kam der Doktor zu ihm und sagte: „Sie sind ja doch in der Versammlung gewesen.“ „Jawohl, Sie haben gesagt, ich dürfte nicht gehen, also mußte ich erst recht gehen“, lautete die Antwort. Der Direktor: „Ich habe Ihnen verboten hinzugehen; Sie sind doch gegangen, also muß ich Sie bestrafen.“ (1) Der Arbeiter: „Bestrafen lasse ich mich nicht.“ „Dann müssen Sie aufhören, über 14 Tage ist Ihre Zeit um.“ So endigte das Gespräch. Diese Entlassung eines alten Arbeiters, der weiter nichts verdorben hatte, als von seinem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, führte dazu, daß der Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes und der Bevollmächtigte der Zahlstelle bei Herr v. Maltitz vorstellig wurden. Die Verhandlung, die nun folgte, war ein reines Puppenpiel, wobei von dem „Ton“, den der Herr, anguklagten betrieb, ganz abgesehen werden soll. Zunächst wurde der „Vollstreck“ der Fabrik bezeugt, der aus 5 Mann besteht, die wenigstens 6 Jahre in der Fabrik beschäftigt sind und von irgendwem ernannt wurden. Als diese 5 Mann, von einem Meister geführt, ernannt waren, gingen die Verhandlungen los. „Was wollen Sie?“ lautete die erste Frage an den Gauleiter. Dieser erklärte den Grund seines Besuchs und sagte, daß er im Auftrage der

Arbeiter und Arbeiterinnen komme, was der Wahrheit entsprach, denn die Betriebsverwaltung hatte ihm den Auftrag gegeben. Jetzt wurde nun ein Mitglied des „Vollstreckes“ nach dem andern gefragt, ob er den Gauleiter befehlen hätte. Diese mußten wahrheitsgemäß antworten, daß dies nicht der Fall sei, denn die Vertreter der Arbeiterschaft von Elsas u. Co. hatten es nicht für notwendig befunden, in der Versammlung zu erscheinen. Da diese 5 Mann den Gauleiter nun nicht befehlen hatten, so war damit für den Herrn Doktor der Beweis erbracht, daß er nicht im Auftrage der Arbeiter komme. Der Einspruch des Gauleiters, daß die Arbeiter diese Vertretung überhaupt nicht anerkennen, wurde zwar erst zurückgewiesen, führte dann aber doch später dazu, daß ein neuer „Rat“ in der Fabrik „gewählt“ wurde. Der Fall mit dem ausgegossenen Kaffee wurde vom Direktor dahin erklärt, daß er das Recht gehabt habe, die Arbeiterin zu bestrafen, weil sie den Kaffee nicht aufbrühen durfte, aber „aus gutem Herzen“ habe er ihr die Strafe erlassen und eben nur den Kaffee in den Dreck gegossen. Jedenfalls bietet er auch nur aus gutem Herzen den Arbeiterinnen Ohrfeigen an und entläßt alte Arbeiter, die eine Versammlung besuchen. „Im übrigen“, herrschte der Fabrikgewaltige mit dem guten Herzen den Gauleiter an, „das geht Ihnen alles nichts an, das ist meine Sache und Sache meiner Arbeiter. Was wollen Sie sonst noch?“ Der Gauleiter wollte nun auftragsgemäß einige technische Mißstände berühren. Kaum hatte er — davon angefangen, als ihm der Doktor in die Rede fiel und i. a. antwortete: „Das geht Ihnen gar nichts an, das sind Sachen des Gewerkschaftsleiters und nicht Ihre! Was wollen Sie denn sonst noch hier?“ Da das ganze Gebären des Herrn v. Maltitz den Beweis erbrachte, daß an ein ruhiges Verhandeln nicht zu denken war, und da der „Herr Doktor“ trotz mehrmaligen scharfen Zurückweisens durch den Gauleiter immer aggressiver wurde, brach der Gauleiter die Verhandlung als zwecklos ab. Der Schlußsatz des gebildeten Herrn Dr. v. Maltitz war: „Ich möchte Sie dringend darum ersuchen, mich nicht noch einmal zu belästigen.“ Bedauerlich ist es ja im höchsten Grade, daß derartige Zustände in einer Fabrik im Rheinland noch möglich sind. Schuld daran sind aber die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst. Wären sie dem Aufse des Fabrikarbeiterverbandes, der schon so oft an sie ergangen ist, gefolgt, dann würde ihr Vertreter und sie selber anders behandelt werden. Die Antwort an den Herrn v. Maltitz muß nun aber lauten: Wir gehen jetzt erst recht alle hinein in den Fabrikarbeiterverband!

**Göppingen.** In der Papierfabrik von G. Krumh hier ist ein neuer Betriebsleiter eingezogen. Das Sprichwort: „Neue Besen kehren gut“ scheint sich an ihm nicht zu bewahrheiten, wenigstens nicht für die Arbeiter. Für den Besitzer der Fabrik mag er vielleicht besser kehren. Jedenfalls reut er im Betriebe herum, als ob er die Fäße verlieren wollte. Die Arbeiter am Holländer und an den Maschinen haben keine Ruhe mehr beim Essen. Gerade wenn die Mahlzeiten sind, hat der neue Herr soviel zu tun, daß er alle Mann braucht. Vielleicht sollen die Arbeiter sich das Essen abgemöhen! Dann könnte man schließlich allmählich auch das Lohnzahlen einstellen, und die Arbeiter könnten die diversen Simulacra, die ihnen von einigen „Vorgelegten“ des Betriebes in überreicher Fülle an den Kopf geworfen werden, als Entschädigung für ihre Arbeit rechnen. Wären die Arbeiter straff organisiert, könnte manches anders sein in diesem Betriebe.

**Königsberg.** Die Königsberger Zellstofffabrik in der auch ein Werkverein, jenes bekannte Gewächs, dominiert, hat vor kurzer Zeit die Lohnzahlung vom Sonnabend auf den Sonntag verlegt und damit wieder einmal den Beweis erbracht, wie es zugehen soll, wenn die Arbeiter von dem Wohlwollen der Kapitalisten abhängig gemacht werden. Die Lohnzahlung in diesem Betrieb erfolgte bisher alle vierzehn Tage am Sonnabend, und zwar in der Weise, daß diejenigen Arbeiter, die Sonnabends zur Nachtschicht kamen, gelohnt wurden. Daß diese Art der Lohnzahlung von den Arbeitern, aber besonders von deren Frauen, stets unangenehm empfunden wurde, ist erklärlich und auch verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß ja die meisten Hausfrauen, nach einer so langen Wartezeit sehnsüchtig auf das sauer verdiente Geld ihrer Männer warteten. Infolge dieser Auszahlungsmethode war es nun vielen Frauen nicht möglich, ihre Einkäufe in zweckentsprechender und vorteilhafter Weise vornehmen zu können. Es sammelten sich jeden Sonnabendabend zahlreiche Frauen vor dem Fabrikator an, um das Geld von ihren Männern in Empfang zu nehmen, und sodann ihre Einkäufe noch Sonnabendabend oder Sonntag morgen bewerkstelligen zu können. Die Direktion schien es nun wohl nicht gern zu sehen, daß sich die Frauen vor dem Tor aufstellten, und sie glaubt wahrscheinlich, diesen durchaus nicht schönen Anblick dadurch, wenn auch in durchaus nicht zweckmäßiger Weise zu beseitigen, indem sie durch Verfügung die Lohnzahlung auf Sonntag morgen festsetzte. Befräftigt ist die Verfügung durch die Arbeiterauschussmitglieder, wovon einige Vorstandsmitglieder des gelben Vereins sind, an der Spitze der gelbe Vorlesende, Maurerpolier Krämer, der auch die gelbe Konferenz in Magdeburg im Auftrage seiner Schutzherrn besuchen durfte.

Diese Verfügung, bekräftigt durch die Unterschriften der gelben Kapitalistinnen, zeigt, was die Arbeiter von der Tätigkeit dieser Leuten zu erwarten haben.

Solche Experimente scheint sich die Zellstoff unter Zuhilfenahme ihrer Schützlinge leisten zu können. Fast alle größeren Betriebe sind nach und nach dazu übergegangen, die Lohnzahlungen auf den Freitag zu verlegen. Und in Rücksicht auf den Achtuhr-Lohnzuschlag war diese Verlegung geboten, bedeutete kaum ein Entgegenkommen an die Arbeiter, sondern vielmehr einen Auszug. Diese Entschick scheint bei der Zellstoff leider zu fehlen. Noch kann sie ja ihre Maßnahmen nach eigener Willkür und in jedem ihr beliebigen Maße treffen. Aber wie lange noch?

Dieser Vorgang, gleichzeitig zusammenfassend damit, daß die drei gelben Entländern der Zellstoff auf der gelben Konferenz des Arbeiterverbandes ebenfalls für die Resolution „Schub den Arbeitswilligen und Verbot des Streikpostenstehens“ waren, illustriert treffend die von den „Gelben“ propagierte „Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, zwischen Kapital und Arbeit“. Damit ist der Arbeiterschaft der Zellstoff-Fabrik augenscheinlich gezeigt, was sie von dieser „holden Interessengemeinschaft“ zwischen den „Gelben“ und deren Protektoren zu halten hat. Möge sie durch Eintritt in den Fabrikarbeiterverband dafür sorgen, daß die selbstherrliche Willkür der Unternehmer recht bald ihre Grenze findet.

## Aus der Zement- und Ziegelfabrikation

### Kulturbilder aus einer christlichen Gegend.

(Ein Kapitel aus dem Portland-Zementgebiet Karlsruh.)  
Aus Mühlbach, einem Dorfe ganz nahe bei Karlsruhe am Main, erhalten wir folgende Zurecht: „Ich war lange von hier abwesend und habe „draußen“ vieles kennen gelernt, gutes und schlechtes. Da packte mich denn eines Tages das Verlangen, der alten Heimat — ich stamme aus der Gegend — wieder einmal einen Besuch abzustatten und, wenn möglich, Arbeit zu suchen, vielleicht ganz da zu bleiben. In einer Wirtschaft fiel mein Blick auf die „Karlsruher Zeitung“, ein kleines Blättchen, aber kein winziger Inhab, wie ich mich bald überzeugen konnte, verhängnisvoll für jeden, der mit dieser geistigen Kost gestillt wird. Sie berichtet in der ausgeprochensten Form die Geschäfte der Portland-Zement-Aktionäre und ist nebenher zu dem Rang eines „Amtsblattes“

